

Deutsches Reich.

Berlin. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen ist gestern nachts 12 Uhr gestorben.

Wie der größte Teilnahme wird diese Nachricht überall aufgenommen werden. Als Beamter und Verdiener hat sich der verstorbenen Staatsmann in seiner ehemaligen Laufbahn eine Bereicherung und Verdienst erworben, wie sie nicht leicht zu überzeugen ist. Erinneret man sich zugleich der enormen Reihenfolge, welche die letzten Jahre wirtschaftspolitisch und allgemeinpolitisch für den auswärtigen Dienst gebraucht haben, und daß diese Erwartung gerade jetzt in die heilige Tage der Wirtschaftskonferenz steht, dann begreift man den schweren Verlust, den der unvermeidliche Tod gerade dieses Staatsmanns bedeutet.

Es in die letzten Tage schien sich Frhr. v. Richthofen einer geradezu unerträglichen Gesundheit zu erfreuen. Am 13. Oktober v. J. hatte er erst sein 58. Lebensjahr vollendet. Im Jahre 1848 wurde er in Jena geboren, als Sohn des späteren deutschen Generals Emil Feuer. v. Richthofen, der im Jahre 1879 in Baden-Baden starb. Im Jahre 1876 trat der Sohn als Hilfsarbeiter in das württembergische Amt ein, im Jahre 1880 wurde er zum deutschen Beirat in die Direktion der königlichen Staatschuldenfalle ernannt und 1890 von dieser, wo er als Generalrat wütig war, auf den Posten des Direktors der Kolonialabteilung berufen. Seine Tochter hat er dieses Amt bekleidet. Vor er hier als Nachfolger des Kolonialdirektors Bayler neu gekleidet und an allen Differenzen gekämpft und wie erfolgreich es ihm gelungen ist, beim Antritt mit einer von Wirtschaftsfürsten voller Unfreiheit im Reichstag zu seinem Eintritt ist die deutsche Politik so verschärfend geworden, daß die unvermeidliche Einführung in eigene Reihen, die Wirtschafts- und Verhandlungsseite der lebenslangen Tätigkeit in dem ihm unterstehenden Staatsbeamter. Seine Häuslichkeit, in der er seit seiner 1890 in Alexandria dagegangenen Gemahlin Anna, geb. v. Hartmann, seine vereinswerte Schwester, Frau v. Ebe, ihm zur Seite stand, war der Mittelpunkt einer vornehmen Gesellschaft. Räumlich ist die gewinnende Ziehungswichtigkeit ihres ganzen Werks der Pflege der deutschen Beziehungen zu den Vertretern der auswärtigen Mächte in Berlin anzusehen; und es ist bezeichnend, daß der Tod des hochberühmten Mannes auch im diplomatischen Kreise direkt viele Teilnahmen findet, wie in allen Kreisen, die dienstlich und privat mit Frhr. v. Richthofen näher in Verbindung gekommen sind.

Die Bevölkerungsbewegung des Deutschen Reichs 1900/1901 läßt sich nunmehr, wie die „Allg. Marine- und Handels-Corr.“ mitteilt, erläutern. Die bedeutendste und allgemein bekannteste Tatsache auf dem Gebiet der Bevölkerungstatistik ist die jährliche Vermehrung der Reichsbevölkerung um etwa 800.000 Menschen. Es wird jedoch interessant sein, diese Tatsache etwas näher zu untersuchen und etwas mehr zu konkretisieren, um aus ihrer historischen Entwicklung und ihrem Zusammenhang mit anderen Ereignissen, speziell der Wanderungsbewegung, die Schlüssefolgerungen in bezug auf künftige Entwicklungen nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Zunahme betrug im Jahresdurchschnitt 1881 bis 1891 0,433 Mill. oder 0,9 Proz., 1891/1901 dagegen 0,71 Mill. oder 1,3 Proz. und 1901/1905 trotz der Nachnahme der Wirtschaftsförderung auf 0,82 Mill. oder 1,4 Proz., zeigt also eine ununterbrochen steigende Tendenz. Bis 1816 25 Mill. lebten — auf dem heutigen Reichsgebiet — waren es 1875, nach zwei Menschenzählern, 43 Mill., und es besteht, nach einem weiteren Menschenzähler, über 60 Mill. Die Gesamtzunahme seit der Reichsgründung beträgt 19,2 Mill. gleich 46 Proz., während der letzten Volkszählungsperiode durchschnittlich jährlich 1,5 Proz. In dieses Entwicklung wird Deutschland — abgesehen von den Vereinigten Staaten, die infolge ihrer großen Einwanderungsmassen mit 1,9 Proz. an der Spitze stehen — von keinem anderen Lande erreicht. Um zunächst kommt Japan mit 1,3 Proz. Ein noch deutlicheres Bild der Entwicklung ergibt sich aus der Feststellung des Geburtenüberschusses, der das volkswirtschaftlich günstigste Resultat ergibt. Der wachsende Geburtenüberschuß ist nicht etwa auf eine Zunahme der Geburten zu sehen — das Gegenteil ist der Fall —, sondern lediglich auf einen erheblichen und steigenden Rückgang der Sterblichkeit. Auf 1000 Einwohner kamen im Jahresdurchschnitt 1871/80 27,1, 1881/90 25,1, 1891/1900 22,2, 1905 endlich 21,1 Todesfälle bei

39,1, 36,8, 36,1 und 34,9 Geburten und 11,9, 11,7 und 13,9 und 13,9 Abtreibungen als „gehorbenen“ Zustand, die haben Geburtenziffern eine erhebliche Kinderlosigkeit im Gefolge haben, sind die Sterbeziffern kaum größer als diejenigen Frankreichs (22,2 gegen 21,5), wo die Zahl der Geborenen doch kaum größer ist als der Geburtenüberschuss Deutschlands, das unter den west-europäischen Großstaaten — Russland mit seinem hohen Sterbeziffer von 33,5 Proz. lödet hier aus — in dieser Hinsicht an erster Stelle steht. Ein Vergleich des Geburtenüberschusses mit der tatsächlichen Bevölkerungszunahme ergibt den durch Wandernungen nach und von dem Auslande entstehenden Verlust oder Gewinn. Hier ergibt sich nun die bedeutsame, für die Erhaltung des heimischen Wohlstands und die vermehrte Arbeitsgelegenheit Gewissnis ablegende Tatsache, daß zum erstenmal seit Beginn des Reiches 1871 bis 1900 ein Zuwachs von 35.000 Personen oder 0,4 Proz. durch Wandernungen festgestellt ist, während in allen vorangegangenen Perioden immer ein erheblicher Verlust zu verzeichnen war (1880/90 1,3 Mill. gleich 2,85 Proz., 90/95 0,5 Mill. gleich 1,8 Proz.). Nach den verlässlichen Berechnungen ist für 1901 und 1902 ein durch die Kreise besetzter Rückgang, für 1903 aber wiederum ein Zuwachs von 27.000 Personen zu verzeichnen. Dementsprechend hat die überseeische Auswanderung erheblich abgenommen; sie sank von 3,74 pro Tauftag 1881/82 auf 1,89 pro Tauftag 1891/95 und 0,51 pro Tag 1901/03, so abschwört sie nun den Geburtenüberschuss im Durchschnitt dieser Jahre 33,8 Proz., 12,2 Proz. und 3,5 Proz., auf der anderen Seite stieg die Einwanderung, besonders aus den kontinentalen Nachbarstaaten, speziell aus Österreich-Ungarn, den Niederlanden und Italien, wie auch umgekehrt die Zahl der Deutschen in fast allen europäischen Ländern gestiegen ist. 1890 wurden im Deutschen Reich 475.000 Ausländer festgestellt, 1900 dagegen 780.000 fremde Staatsangehörige. Läßt man die Vereinigten Staaten, das Hauptauswanderungsgebiet, weg, so besteht in dieser Periode der Gang an Fremdgästen 800.000, der Wohnung von Reichsgebürgern 360.000. Gegenwärtig befinden sich im Auslande rund 3 Mill. deutsche Reichsgebürgere und 700.000 Reichsangehörige.

Im „Kronika“ erläutert der Vorsitzende folgenden Aufzug: „Genossen! Lest auch nicht provozieren, von nem und welcher Seite es auch sei. Bereits die Glücks der Schriftsteller darüber, daß die Straßendemonstration unterlaßt und bei Versammlungsaufzügen und nach Schluß der Versammlungen den getroffenen Anordnungen große Leidet.“

Nic. Brinz Heinrich von Preußen hat sich gestern nachmittag zum Kapitel des hohen Ordens vom Schwarzen Adler und zur Teilnahme an dem Königs- und Ordenstage nach Berlin begeben.

Oberburg. S. Königl. Hoheit der Großherzog hat beim geistigen Ordensfest den Justizminister Rufus zum Kapitular-Kontrakt des Hauses und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig ernannt.

Hamburg. Von der hiesigen sozialdemokratischen Parteileitung waren die Arbeiter zum Rahmenkongress von 1913 Protestsammlungen gegen das neue Wahlgesetz, die gestern nachmittag 4 Uhr stattfanden, aufgerufen worden. Der Verband der Eisenarbeiter Hamburgs hat daraufhin, wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, durch Antrag deftig gegeben, daß jeder Arbeiter, der unentbehrlich nicht zur Arbeit erscheint oder diese vorzeitig verläßt, sofort entlassen und vor dem 22. Januar nicht wieder eingestellt wird. — Auf der Werft von Blohm und Voss und der Reichenbachwerft haben trotzdem mehrere laufende Arbeiter nach der Mittagspause die Arbeit verlassen. Von einer Reihe anderer Industriebetriebe wird das gleiche gemeldet. Auch die Belegschaften der Akademiepark haben gestern mittag den Dienst eingeschlagen.

Die akt. Volksversammlungen waren von vielen Tausenden besucht. Einzelne Lokale waren lange vor Beginn der Versammlungen so dicht besetzt, daß viele umdrängen mußten. In den Versammlungen wurden von sozialdemokratischen Fälschern scharfe Reden gegen die Wahlrechtswidrigkeit gehalten, die mit lautem Beifall aufgenommen wurden. Die Versammlungen nahmen einen ruhigen Verlauf.

Schon eine Stunde vor Beginn der geplanten Sitzung der Bürgerschaft hatte sich eine noch Tausenden zählende Menschenmenge vor dem Rathaus angestaut, das in weitem Kreise von einem starken Polizeiaufgebot gesichert war. Die Bürgerschaft bewilligte 10.000 M. zur Unterstützung der notleidenden Deutschen in Rußland und

der Oberfläche des Polarmeeres aber gelangen die luftgefürsteten Wasserströmchen unendlich langsam wandern und sinken nach der Tiefe, und führen den Tieren dort die Atmung zu. Auch ihre Raftung besteht die Tiefe von der Oberfläche. Die Tiere am Grunde des Meeres finden keine Blasen vor, vor sie, aber, wenn sie Raubtiere sind, wenigstens ihre Opfer als Raftung haben müssen, denn die Blasen tauchen nur bis zur Flottille, bis etwa 80 m in reichlicher Menge und später nicht bis 350 m, in die See; die Tiefseetiere müssen also die organischen Überreste der Tiere der Oberfläche herabfallenden roten Käfer und Käferlarven, Käferlarven und anderen Kleinsttieren des offenen Meeres vom Boden aufzusammeln. Ihre Lebewesen, grüne und violette, auch rötliche und gelbliche Larven zeigen ihnen dabei den Weg (oder den Wege), manche aber verschwinden einfach nach ihrem Verhältnis, das brauchbare Organische herauszufinden. Dieser Schlamm, ihre Heimat und Raftung, ist die weiße, leichte, fast schwimmende Bodenbedeckung der Tiefe; und unter 500 m, wo die leichten organischen Reste verdaut werden, nachdem sie den roten Käfern der südlichen Tier- und Pflanzenleben in dem salten Salinenlärchenhaltigen Wasser aufgelöst sind, sammeln sich dann die mineralischen Reste aller im Meer vorhandenen Körper, auch vulkanische Auswürfe, in dem sogenannten roten Ton. Dort leben nun die absonderlichen Weisen, weniger durch physikalische (Druck u.) Verhältnisse, als durch die Eigenschaft ihrer Lebensweise verändert, weichskelettig, mit großen, oft geschwollenen Augen, auf sprengen langen Beinen herumstehend, Tausende von Reiten unter der Oberfläche des Meeres, der sie Lust und Natur, den Boden, auf dem sie leben, und, in die Tiefe aufgewanderte Sonderlinge, sogar ihre Herkunft verdecken.

Kunst.

* Im Düsseldorfer Schauspielhaus hat gestern die Uraufführung eines Dramas von Paul Ernst, „Die Nacht in Florenz“, bestellt, fotografiert. Das Stück verwendet, wie dem „Berl. Tagbl.“ telegraphiert wurde, das alte Motiv von zwei Liebenden, die feindlichen Familien angehören. Im Gegensatz zu „Romeo und Julia“ aber kommt es im Einschlaftheater zu einem glücklichen Ende. Die feinen Wirkungen der Hauptdarsteller sind von einem derben, sehr pochenden Nebendarsteller begleitet; beides ist jedoch durch eine formvollendete, allerdings etwas fremd anmutende Stilisierung vereint. Aus dem knappen, vortrefflichen Aufbau spricht ein starker

begann sodann die Beratung des Aufschlußberichts über den Antrag des Senats betreffend Änderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerschaft. Nach dreistündiger Debatte erfolgte die Abstimmung.

Zuvor hatten sich die Bürgerschaftsversammlungen auf den Straßen immer mehr verzögert. Gegen 10 Uhr abends kam es in der Gegend des Reichstags, des Schopenstahl und der Niederkirche zu Ausschreitungen. Viele Straßenlaternen und Fensterscheiben wurden zertrümmert. Die Schuhmannschaft, die mit Steinen, Flaschen und anderen Gegenständen beworfen wurde, zog blank. Eine Angabe Personen wurde mehr oder weniger schwer verletzt. Bei Abschaffung des Wahlberichts vor dem Rathaus nahmen mehrere hundert Personen Waffen und Steine von einem Haus und bombardierten die Polizei. 20 beritten Schuhmänner attackierten die Menge, wobei verschiedene Demonstranten verletzt wurden. Die Attacke wurde einmal wiederholt. Ein Schuhmacher wurde niedergeschlagen und schwer verletzt. 2000 Arbeiter zogen vor das Haus des reichsweiten Bürgerschafts, der von den Balkonen aus die Menge zur Ruhe mahnte. Die Ausschreitungen waren vom Mob hervorgerufen worden. Die Arbeiter verhielten sich ruhig.

Österreich-Ungarn.

Wien. (Wiener Tel.-Kor.-Bur.) Der ungarische Ministerpräsident Frhr. v. Fejérvary wurde gestern abends vom Kaiser in einer außerordentlichen Versammlung des Reichsrates abberufen. Ein Abgeordneter der Nationalversammlung, der die Abstimmung der Wahlberichts vor dem Rathaus verhindern wollte, wurde mit Gewalt empfangen. Der Kaiser nahm seine Wahlberichtsrede mit mehreren hundert Personen Waffen und Steine von einem Haus und bombardierte die Polizei. 20 beritten Schuhmänner attackierten die Menge, wobei verschiedene Demonstranten verletzt wurden. Die Attacke wurde einmal wiederholt. Ein Schuhmacher wurde niedergeschlagen und schwer verletzt. 2000 Arbeiter zogen vor das Haus des reichsweiten Bürgerschafts, der von den Balkonen aus die Menge zur Ruhe mahnte. Die Ausschreitungen waren vom Mob hervorgerufen worden. Die Arbeiter verhielten sich ruhig.

Gestern nachmittag fand eine Konferenz im Ministeriatssaal statt, an welcher der Ministerpräsident Frhr. v. Fejérvary wurde gestern abends vom Kaiser in einer außerordentlichen Versammlung des Reichsrates abberufen.

Die Abstimmung der Wahlberichts vor dem Rathaus wurde mit 449 Stimmen zum Präsidenten gewählt gegen Doumer, der 371 Stimmen erhielt.

Frankreich.

Versailles, 17. Januar. Galliéra wurde mit 449 Stimmen zum Präsidenten gewählt gegen Doumer, der 371 Stimmen erhielt.

Armand Galliéra ist in Meudon im Département Yvelines am 6. November 1841 geboren, lebt also jetzt in seinem 60. Lebensjahr. Er studierte die Rechte, war zweiter Richter in Paris und dann Bürgermeister dieser Stadt. Als noch der Anfang der republikanischen Revolution war, trat er in den Senat ein. 1870 wurde er zum Ministerpräsidenten gewählt, die ersten Wahlen, die die Republik aufhielten, am 20. Dezember 1870, und blieb er bis 1871 als Republikaner mit 527 gegen 644 Stimmen, die auf einen Bonapartisten fielen, an der Abstimmung gewählt. In der Republik schloß er sich der republikanischen Partei an und ist bald durch Rednerrede und Rednerrede berühmt. Nach dem Staatskrieg des Marsalls Mac-Mahon vom 16. Mai 1871 war Galliéra einer der 308 Deputierten, die dem neuen republikanischen Ministerium Mac-Mahon ihr Sezessionsverbot verweigerten; die Republik wurde jedoch abgewählt, aber mit dem ersten der 308 gegen 644 Stimmen, die auf einen Bonapartisten fielen, am Abstimmung gewählt. In der Abstimmung der Wahlberichts vor dem Kongress, die am 21. Februar 1871 stattfand, wurde er wieder durch die Abstimmung der Republik gewählt.

Als Doumer die Wahlberichts vor dem Kongress abgelehnt, wurde er wieder zum Präsidenten der Republik gewählt.

Galliéra erwiderte Doumer das Protokoll über die Wahl

in seinem Zimmer in Gegenwart zahlreicher Mitglieder des Parlaments überreichte, riefte an ihn eine Ansprache, in der er aufführte, durch die Anerkennung des Wahlberichts vor dem Kongress habe der Kongress die Hoffnung des republikanischen Frankreichs entpökpt, das nur den Willen hätte haben können, an seiner Spitze einen ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einzukämpfen, daß der Willen des Volkes mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken. Die republikanische Partei brachte Galliéra mit dieser Befreiung ihre Glückseligkeit dar, in der überzeugung, daß die Wahl des Kongresses mit einer ehrgeizigen und treuen Diener der Republik und der Freiheit zu sehen, und einen klarblütigen und festen Geist, der imstande sei, alle politischen und sozialen Notwendigkeiten zu erkennen und durch seinen Rat und die Wahl geeigneter Persönlichkeiten den Gang der Regierung glücklich zu bewirken.

durch das Beispiel des alten Republikaners ohne Furcht und Tat geführt werden, der während sieben Jahren ein so schönes Beispiel des Mutens, der Klugheit, der Patriotischen Liebe und der Schriftlichkeit gegeben habe. (Lebhafte Beifall.) Sein einziger Fehler sei, immer auf dem von diesem Republikaner eingetragenen Wege weiterzugehen und sich immer von seinem Beispiel leiten zu lassen. (Lebhafte Beifall.) Er schloß mit einem Appell an die Mitarbeit der Republikaner und versicherte ihnen, daß sie unter allen Umständen auf ihn rechnen könnten. (Lebhafte Beifall.)

Um 3½ Uhr setzte sich der feierliche Zug, in dem sich Präsident Galliéres befand, nach dem Bahnhofe in Bewegung. Das zahlreich verjammelte Publikum drängte in stürmische Hörner aus. Galliéres befand dann mit dem Ministerpräsidenten Rouvier und dem Minister Dufief den Sonderzug zur Fahrt nach Paris.

Die Nachricht vom der Wahl Galliéres, die durch Zeitblätter rasch in ganz Paris verbreitet worden war, wurde von der Bevölkerung mit großer Ruhe aufgenommen; nur am Anfangsbahnhof, wo Galliéres um 1½ Uhr mit dem Sonderzug aus Verhältnis einer Straße, hatten sich Tausende Neugieriger angegammelt, die Kundgebungen veranstalteten. Ein Teil der Menge brachte, als Galliéres den Wagen bestieg, Hochrufe aus auf den neugewählten Präsidenten der Republik. Ein anderer Teil der Menge rief: Es lebe die Arme! Es lebe Rouvier!

Galliéres fuhr also abwärts mit Rouvier und Dubois ins Elsass, um Zweite zu besuchen. Der Aufenthalt bei Rouvier wähnte etwa eine halbe Stunde. Rouvier sprach Galliéres mehrmals seine Glückwünsche aus. Galliéres begrüßte auch Frau Rouvier. Von Elsleben bezog sich Galliéres gegen 6 Uhr in Begleitung Rouvières nach dem Palais Luxembourg, wo er die Minister, zahlreiche Senatoren, Deputierte sowie persönliche Freunde zur Empfängnisschau empfing. Es heißt, daß Galliéres erst am 18. Februar, an welchem Tage er von Rouvier die Präsidialhaft übernahm, das Senatspräsidium niedergelegen werde.

Großbritannien.

London. Über die Wahlen ist bis heute 1 Uhr morgens folgendes Ergebnis eingelaufen: Es wurden gewählt 171 Liberale, 27 Vertreter der Arbeiterspartei, 73 Unionisten, 50 Nationalisten. Die Liberalen gewannen 87, die Arbeiterspartei 21, die Unionisten 2 Sitze. — In West-Birmingham wurde Chamberlain mit 7173 Stimmen gegen den Liberalen Duthwaith, der 2024 Stimmen erhielt, gewählt. Die gewaltige Mehrheit Chamberlains bei der Wahl in Birmingham hat selbst die Sanguinisten seiner Anhänger überrascht. Es steht jetzt in einer Weise an seine Wahlerfolg: Keine Bürgler haben mein Vertrauen zu Ihnen gerechtfertigt.

Türkei.

Konstantinopel. (Wiener Tel.-Korr.-Bur.) Die in Saloniki entdeckte Bombeinfundung wurde in Sofia an den Bulgaren Dimitri Rilksaroff aufgegeben. Sie wurde von diesem übernommen und fand in der bulgarischen Schule und dann in einem bulgarischen Hause gegenüber der ottomanischen Botschaft aufbewahrt, wo sie dann infolge vorsätzlicher Melbung entdeckt wurde. Die Bomben sollen zu einem Attentat am orthodoxen Weihnachtsfest verendet werden. Der Bulgar Rilksaroff wurde verhaftet. Vier Kommissare, die den Anschlag ausführen sollten, werden gesucht. Die Polizei von Saloniki sahntet eifrig nach einer anderen Bombeinfundung, die bereits vor einiger Zeit eingesetzt sein soll, bisher jedoch nicht entdeckt wurde. Die Aufständischen von Hemen befinden sich bei Schere in einer aufgezückten Stellung und bedrohen von dort aus das umliegende Gebiet. Marshall Ahmed Feizi Pascha hat tatsächlich für eine Schlapposition. Der Prokonsul Hasan-Pascha, der vom Hofe von Hedschi abgesangen war, um eine Umgangsabschaffung durchzuführen, wurde selbst umgangen. Er erfuhr Verluste und mußte sich zurückziehen.

Morocco.

Algiers. Der gestrige Tag war durch Privatbefriedungen und durch die Vorbereitungen für die nächste Sitzung ausgefüllt, die voraussichtlich heute noch nicht stattfinden kann. Es bestätigt sich, daß die Frage des Waffenstillstands zuerst behandelt werden wird.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten, White, erklärte, daß die Vereinigten Staaten von einer gewissen Presse untergeschobene Absicht einer alten Marokkopolitik für absurd. Wie das Bureau Reuter hierzu meldet, werden die Delegierten der Vereinigten Staaten in Algiers nach den ihnen erzielten Annäherungen, sich an der Lösung der politischen Probleme Marokkos so gut wie nicht beteiligen, außer daß sie die Hoffnung aussprechen, daß welche Annäherungen immer getroffen werden, den Vereinigten Staaten Gleichheit der Rechte gewährleistet werde. Die Vereinigten Staaten sind für eine internationale Vereinbarung über die Polizeiverwaltung Marokkos außerhalb des Grenzgebietes, für Belehrung der religiösen und der Standesverhältnisse in Marokko und Belehrung der jüdischen Bevölkerung der Juden. Die Delegierten sind angewiesen, die Vorschläge zu unterstützen, die auf die Verbesserung privater Monopole bei den öffentlichen Verwaltungszweigen abzielen. Sie werden zu jedem zustande kommenden Berichte ihrer Unterstiftung ad referendum geben, während die endgültige Entscheidung dem amerikanischen Senat überlassen wird.

Amerika.

* Über den am 21. Juli d. J. in Rio de Janeiro zu eröffnenden dritten panamerikanischen Kongress wird mitgeteilt: In der Hauptstadt Brasiliens wurde schon mit den Vorbereitungen für die Beisetzung begonnen und die brasilianischen Kammeren haben 1000 Kontos für diesen Zweck vorbereitet. Nach dem Blatt „Brasil“ wird sich der amerikanische Staatssekretär Dr. Root persönlich auf einem Kriegsschiff begleiten von einem Geschwader der amerikanischen Flotte, zum Kongress begeben. Von allen Staaten Südamerikas wird Venezuela allein sich vom Kongress fernhalten. Der Grund hierfür liegt in dem Umstand, daß auf dem zweiten Kongress in Mexiko die Hauptstadt von Venezuela, Caracas, als Sitz des dritten Kongresses in Aussicht genommen worden war, das aber infolge der etwas gespannten Beziehungen zwischen Venezuela mit den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen Räumen dieser Plan aufgegeben wurde. In Brasilien erhält der künftige panamerikanische Kongress eine verschiedenartige Beurteilung. In gewissen Kreisen scheint man darin ein Mittel der Propaganda des Nordamerikaner zu erkennen, die ihre Hegemonie auch über Südamerika erneut wollen. Andere teilen diese Befürchtung nicht und sehen vielmehr im Kongress die erwünschte Gelegenheit für die Staaten Südamerikas, ihre Solidarität gegenüber Nordamerika zu behaupten. Wie dem immer auch sein möge, so kann doch nicht geneugt werden,

dass der Kongress von großer Bedeutung für den Weltteil sein wird.

Washington. Das Repräsentantenhaus hat die Billvorlage für die Philippinen angenommen; danach soll zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten Frieden geschlossen, nur Güter und Tabak sollen bei der Einfuhr nach Amerika Zölle von einem Viertel der Höhe des Dingley-Zolls zahlen.

New York. Wie aus Caracas über Port of Spain gemeldet wird, hatte sich der französische Geschäftsträger Taigny am 14. Januar in La Guaira an Bord des französischen Dampfers „Martinique“ begeben. Als er wieder an Land gehen wollte, wurde er von den venezolanischen Behörden davon verhindert und mußte nach Curaçao weiterfahren.

Vom Landtag.

Dresden, 18. Januar. Heute hielt die Zweite Kammer Sitzung ab. Am Regierungstische waren anwesend Ihre Exzellenzen die Herren Staatsminister Dr. Rüger und Dr. Otto sowie Regierungskommissare. Die Kammer setzte zunächst die allgemeine Vorberatung über das Königl. Dekret Nr. 20, mehrere Eisenbahnangelegenheiten betreffend, fort. Die Debatte eröffnete Abg. Günther, der sich gegen die Anlegung des Bahnprojekts Wilsdruff-Gablenz-Döbeln wegen der voraussichtlichen Unrentabilität der Bahn aussprach. Hierauf ergriff Staatsminister Dr. Rüger das Wort. Er wandte sich zuerst gegen die hinsichtlich des Projekts aus der Mitte der Kammer gemachten Ausstellungen und Erwähnungen. Mein soziale Gründe hätten zur Vorlage des Projekts geführt. Es sei vor allen Dingen deswegen unmöglich ausgearbeitet worden, weil es bereits von der Kammer beschlossen gewesen sei. Staatsminister Dr. Rüger bat weiter in seiner Rede, alle Volkswünsche in bezug auf Bahnbauten jetzt zurückzustellen, da die nächste Etatperiode wichtige Kulturaufgaben bringen würde und zudem die Frage der Reichsfinanzreform noch nicht geklärt sei. Die Beiträge zu den Kosten hätte er die Beteiligten im Interesse der Bahn auf sich zu nehmen; in anderen Staaten würden noch größere Opfer gefordert. Abg. Andrea trat entschieden für den Bahnbau ein und legte an der Hand statistischen Materials dar, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große Anzahl Bahnen mit ursprünglicher geringer Rentabilität ihre Errichtung gezeigt haben und daß die landwirtschaftlichen Bahnen darin den industriellen nicht unterscheiden. Die möglichen Verkehrsverhältnisse der dortigen Gegend erforderten dringend die Anlage der Bahn. Für die Anliegerbeiträge trat er ebenfalls ein. Abg. Döweritz-Leising hätte eine wohlwollende Beurteilung des Projekts erwartet, da nach ihrem früheren Beschuß die Kammer zur Bewilligung verpflichtet sei. Abg. Dr. Kühlmann befürwortete abweichend von Standpunkte seines Parteifreundes Abg. Schulze aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen die Anlage der Bahn und betonte ebenfalls die Bedeutung des Projekts für den Handelsverkehr. Er wies darauf hin, daß eine große An

werde. Abg. Erzberger sprach als Vertreter der gegen eine Übertragung der Kanalverwaltung auf Preußen. Wenn Preußen etwas wünsche, so könne man ihm die Kolonialverwaltung schenken. Abg. Seidel nannte die Beschwerden des fr. Reichs Reichsgericht und privater Natur und empfahl die Schaffung eines Reichskonsensums. Diesen Aufgaben würde er gestimmen. Er hoffe aber, daß die Erweiterung des Kanals den modernen Verkehrsbedürfnissen lauernd genüge. Der Entwurf wurde genehmigt, ebenso der Entwurf des Zolls. Von beiden dieser, freilicher und sozialdemokratischer Seite lag eine Resolution vor, in den Entwurf 100 000 M. zur Unterstützung des Kapitals eingetragen. Abg. v. Rietze (pol.) befürwortete diesen Entwurf mit dem Hinweis auf die Fortschritte Dr. Reibers in Berlin. Staatssekretär Drs. v. Hofacker war bewußt, eine bestimmte Erfahrung noch nicht abgenommen zu haben; er hoffe aber die Zustimmung des Reichstags zu gewinnen. Der Entwurf des Reichsfinanz- und des Reichsangebots wurde nach langer Debatte genehmigt. Es wurden Bedenken gegen die Höhe der Kosten für das neue Reichskonsensum erhoben. Beim Reichskonsensum prägte der Staatssekretär Dr. Rieberberg auf eine Anfrage aus der Kommission eine Auskunft darüber, ob im Reichskonsensumverfahren ein Wiederaufnahmeverfahren ebenso unmöglich sei, wie im preußischen Jubiläumsverfahren.

* Die Steuerkommission des Reichstags sprach gegen die vorgeschlagene abgebrochene allgemeine Bevorratung über die Höhe des durch neue Steuern zu deckenden Nachbedarfs des Reiches fest. Abg. Müller-Juda (S.) erkannte die Notwendigkeit einer solchen Sicherung der Einkünfte des Reiches an. Das deutsche Volk wolle in seiner Strenge die jungen Männer wohltun. Hieraus ergab sich aber auch das Bedürfnis, die erforderlichen Mittel herzustellen. Nicht nur die militärischen Kosten mithin vor Berücksichtigung seien, sondern auch die Stellung des Politik des Reiches bedürfe es auch gesicherter und wohlbegründeter Finanzen. Der Entwurf Reichskonsensum auf etwa 150 Mill. R. berechnete Bedarf Jähns richtig zu sein, zumal wenn man doch mit der Annahme der Abstimmungsliste und des Wiederaufnahmeverfahrens rechnen müsse. Bei den Rechnungsabschlüssen aus Süden sei ein großer Beitrag für die Waffen- und Polizeivorratung herzulegen. Engelhardt des Reichstags der Bevorratung darf man die Rechnungsabschlüsse aus den Jahren auf 7 bis 8 Mill. mehr erhöhen als die Regierung, auch bei einem jenermaßen Weiterverzug mit einer Million reichen. Er räumt das Glaubens- und Fazit, Tz. 10. Jählen sowie aus Indizienreden, wofür das Reichskonsensum 25 Mill. erhielt, auf etwa 45 Mill., so daß noch etwas über 200 Mill. zu zahlen seien. Sogar man die ungetrennten Wahrnehmungsbeiträge der Eingehenden mit 20 Mill. an, so mögen dennoch 180 Mill. durch neue Steuern aufgebracht werden. Gesetzt man nun die Summe für die Sanierung des Reichskonsensums und für die neue Bevorratung durch eine Reichskonsensur, so würden durch andere Steuern etwa 140 Mill. aufzutragen seien. Direktor im Reichskonsensum fügt hinzu, daß die Sanierung der Bevorratung aus den Jahren auf 15 Mill. R. Die Einnahmen von 25 Mill. im Vorberatungsbudjett seien eher zu hoch als zu niedrig. Der Reichskonsensurpräsident bezeichnet den Entwurf von 26 Mill. für Sanierung des Amaliansbundes als zu gering. Abg. Höding (pol.): Dagegen die Sanierung der Bevorratungen mit einem Betrag von 25 Mill. R. an Jählen zugunsten, so kann man etwas überschüssige zu einer Steuer nehmen, da es angemessen erscheine, die ungeheure Vorratsummlage auf 20 Mill. R. anzupassen. 20 Mill. R. habe man dennoch zu zahlen. Eine Abnahme der Bevorratung durch die Verbindungen steuern sollte auch nicht für ungünstig finanzielle Mittel zu Abschreibungen erzielen, den Betrag der neuen Steuern möglichst hoch zu konzentrieren. Die Bevorratungsforschule sieht nicht klug weiterführen. Die Bevorratung habe ja etwas Scheinhaftes, dient aber keinerlei Schwierigkeiten. Schaut man sie als Kapital, so ist eine solche lästige empfindliche Kontrolle des Reichs aufzuheben. Bevorratung nicht zu umgehen. Überdies werde der Entwurf gering sein. Werden werde sie nur als direkte Steuer des Volkes. Der Reichskonsensurpräsident erläuterte, es müsse erst das Vorberatung für die Bevorratung kommen, ehe er von einer Unanwendungsfreiheit sprechen werde. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Müller-Juda (pol.), Süßfeld (S.), Raab (Alt.) und Sped. (S.) wurde ein kleineres Antritt des Abg. Müller-Juda bestätigt, der die Bevorratungen der Bevorratungen zur Einbringung einer Bevorratung aufzuladen, wodurch die Mittel für die Sanierung des Amaliansbundes und für die Bevorratung bereit gestellt würden. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde nach langer Debatte zugestimmt. Staatssekretär Dr. v. Rietze erklärte sich im Namen des Reichskonsensums bereit, die gewünschten Materialien für etwaige neue Steuern des Jahres zuvor zur Verfügung zu stellen. Abg. Hug (S.) verneinte auf die Erwähnung, daß der Reichskonsensum 2 Mill. R. mehr ziehe. Entwurf des Gesetzestextes des Deutschen Reichs für das Jahr des Reichskonsensums auf 200 Mill. R. bedeuten. Die weitere Beratung wurde auf heute vertagt.

Örtliches.

Dresden, 18. Januar

* Der Herrn Generaldirektor unterhält eine Fachschule, deren Besuch vor dem der öffentlichen Fortbildungsschule steht. In den Räumen der V. Bürgerschule, Marienstraße 28, wird während Dienstags und Donnerstags, abends von 7 bis 9 Uhr, Unterricht in Buchdruckerei, Mechanik, Chronographie, Deutsch, Schreiben und Bildner erzielt. Was steht den Unterricht nach den gewöhnlichen Bedürfnissen der Schüler zu gehalten. Der Schülertisch kostet jährlich 248. Die Zahl der Schüler beträgt 8. Vom Königl. Ministerium des Innern ging der Schule der 8. April über die gesamten Unterrichts- und Unterrichtszeiten im Königreich Sachsen zugestellt. Der Kursus gewährt eine Unterstufung von 600 M. und unentgeltliche Benutzung der Schulbücher. Der Leiter der Schule ist hr. Tageslehrermeister Hugo. Beide Herren nahmen Anträge auf das zu Chemnitz beginnende neue Schuljahr an. Über das alles und über die abgelaufenen Feiern nationaler Gedächtnisse gibt weiteres Aufschluß der soeben herausgegebene Bericht aus das Jahr 1900.

* Wetterbericht. Weiterlage in Europa am 18. Januar, früh 8 Uhr über Österreich ist ein schwaches Wagniss erhalten geblieben. An folgenden hat in Sachsen keine wieder Auftreibung stattgefunden. Die nordwestliche Depression hat sich gleichzeitig abgesetzt, jedoch ist unter deren Einfluß in West- und Süddeutschland Regen eingesetzt. Das Barometer ist erneut im Jüngstgezeigte begreift, so daß eine weitere Ausbreitung des Minimums zu befürchten ist. Der Nordostwind würde damit sich auch über Mittel- und Osteuropa ausdehnen. Die Temperatur dürfte gleichzeitig zunehmen. — Witterungsbericht in Sachsen am 17. Januar. Der 17. Januar verlief wiederum bis zum Abend heißer und trocken. Am Nachmittag regnete es im Tiefland und schneite es im Gebirge. Unter hasten S. bis Sägewerken in die Temperaturen wieder gefallen. So daß nur die höchstegelegenen Stationen noch melben. Das Barometer steht im Gebirge Sachsen zu hoch, im Osten und Norden zu tief. — Melbung vom Hohenberg: ununterbrochen harter Nebel, gute Sichtweite ab 100 m. Täler sind, Schneefälle 120 cm., starker Nebel erstreckt sich lange, Bäume fast mit Rauhfrüchten bedeckt, Sturm aus Süden. Prognose für den 19. Januar. Wetter: Regnerisch, in den höheren Lagen Schneefall. Temperatur: Normal. Windrichtung: Nordost. Barometer: Tieß.

Theater, Konzerte, Vorträge, Vereine etc.

* Mitteilung aus dem Bureau des Königl. Hoftheaters. Im Königl. Opernhaus wird Montag, den 22. Januar Richard Wagner's "Rienzi" aufgeführt. Die Titelpartie singt zum erstenmal hr. v. Barn.

Im Königl. Opernhaus wird am Sonnabend Richard Wagner's "Meistersinger von Nürnberg" aufgeführt. Den Dona-Saß singt hr. Schmidtmann,

den Walther Stolzing hr. Baurian und die Eva hr. Seebe.

* Im Residenztheater gelangt morgen, Freitag abend als Aboptionsvorstellung der 1. Operettenserie die Operette "Das fühe Räbel" von Reinhard zur Aufführung. — Sonnabend und Sonntag nachm. 18 Uhr wird das Weihnachtsspiel "Prinzessin Wunderlich" von Georg Zimmerman und Karl Witt, Musik von Bruno Brenner, gegeben. — Sonnabend abend findet zum Benefiz für den Karl-Friedrichs-Stift die Erstaufführung des Schwanzes "Der Kilometerstreicher" von Kurt Kraatz statt. Außer dem Benefizstift, der den Augelbergs hält, will, wie noch mit den Damen Salza, Ritter, Normann, Rundtshausen, Schützenhelm und Brüllinger und den Herren Agner, Ewenas, Gähn und Runde. — Sonntag abend 18 Uhr wird "Der Kilometerstreicher" zum zweimal wiederholt.

* In den dritten Kammermusikabenden der Herren Lewinger - Striegler - Wagner - Schri. - Sch. unter Mitwirkung von Alice Schwabe und dem Königl. Kammerchorwesen Hermann Lange, am nächsten Montag in Gestalt einer Royalisten Feier im Muensehaus stattfindet, wird hr. Königl. Hofkapellmeister Wierich einen von Hen. F. A. Gräber gedichten Prolog bruchen.

* Für das Jubiläumskonzert (Beethoven-Abend) des Königl. Conservatoriums, am Sonnabend, den 20. Januar, abends 18 Uhr, im Vereinshaus ist folgendes Programm festgelegt: Ouvertüre zur "Namenstunde" für Orchester; Prolog: hr. Hofkapellmeister G. Starcke; Adagio: hr. W. Schäfer, Königl. Hofoperjungens aus Gießen; Klavierkonzert C moll, op. 37: hr. Pianist G. Krone; Kantate "Frei der Zukunft" für Solostimmen, Chor und Orchester; Solostimme: Maria, Jättner, Herren Mann, Porth, oberste Chorleiterin Kluge, Chorleiterin Kluschbach. Eintrittskarten im Königl. Conservatorium, Landhausstraße 11, II.

* In der zweiten Reihe des öffentlichen Winterkonzertes des Protestantvereins sprechen sie abends 8 Uhr am Sonntag, den 21. Januar: hr. Pastor Dr. Kauder über "Die misslungenen Verschwörungen des Alten Testaments" (im Saale der Kaufmannschaft, Ostwall 9); am Mittwoch, den 21. Februar: hr. Martha Bieck aus Hamburg über "Die Sanktion der Frau in der Kirche und ihr kirchliches Wahlrecht" (im kleinen Gewerbehaupte, Ostwall 10); am Donnerstag, den 2. März: hr. Pastor einer. Dr. theol. Sulze über "Die Aufgaben der diesjährigen evangelisch-lutherischen Landeskirche" (im Weinholds Gütern, Moritzstraße); am Donnerstag, den 22. März: hr. Dr. theol. Webstädt aus Berlin über "Die Religion unserer deutschen Pfarrer" (im Saale der Kaufmannschaft). Der Eintritt ist unentgeltlich.

* Tagebanzleger für Freitag, den 19. Januar. Opernhaus: Ter. Vorber. von Senni. 18 Uhr. - Schauspielhaus: Ter. Schau der Teme. 18 Uhr. - Meidembühne: Das fühe Räbel. 18 Uhr. - Centraltheater: Bühne der Stadt. 18 Uhr. - Bühnenspiel: Bühnenbeschaffung. 18 Uhr. - Konzerte: Tonkünstlerverein. Zweiter Auftrittsgabend Wagnertheater. Generalklang.

Nachrichten aus den Landesteilen.

* Leipzig. Die Polizeidirektion verbietet die für den 21. Januar geplanten feierlichen sozialdemokratischen Demonstrationen. Vorauftakt, werden auch die feiern in der Umgebung Leipzigs beabsichtigten gleichartigen Versammlungen, worüber die Amischausammlung zu bestimmen hat, verbieten werden. — Die erste Einschätzung zur Ergründungsteuer, die im Jahre 1904 stattfand, ergab für Leipzig ein steuerpflichtiges Vermögen von 1.553.466 150 R. Diese Summe stellt jedoch nicht das gesamte in dieser Stadt vorhandene Vermögen dar, sondern schließt den Bezirk an Häusern und Grundstücken. Dieses Vermögen war im Jahre 1904 auf 1.411.078 800 R. geschätzt. Durch die Ergründungsteuer werden aber nur die Vermögen von über 10.000 R. betroffen; was unter 10.000 R. ist, bleibt steuerfrei. Diese kleinen Vermögen dürfen einen Kapitalbetrag von 1.429.522 000 R. (297.418 000 R. mehr als zur Vermögenssteuer eingeschlagen) ergeben. Es kommt noch hinzu das Betriebskapital der kleinen gewerb- und handelnden Handwerker u. c. jeweils 100 R. wird auf 100 R. aufgelegt. So gelangt man zu einer Schätzsumme von über 1.520.000 R. als den Wert, den Leipzig mit allem, was darin ist, hat — wobei zu bemerken ist, daß die Grundfläche des Reiches und des Staates, sowie der Stadt und der Kirche unberücksichtigt geblieben sind.

* Die Textilarbeiter nahmen vorgezogen in einer von etwa 2000 Personen beladenen Versammlung den Bruch der Konventionen entgegen, die mit dem Auftrag erneut worden war, die Direktion der Leipziger Baumwollspinnerei zu entlohen, was die in anderen gleichen Fabrikationsstädten geschehen überzeugt worden ist, die zufriedenstellende Arbeit und eine 10 prozentige Lohnzehrung einzuführen. Die Direktion hat dadurch das Gründen unter Hinweis auf die erforderliche Arbeitszeit in den Konkurrenzbetrieben abgeschafft und der Ausschluß wurde beauftragt, in der gleichen Richtung nochmals vorstellig zu werden.

* Die Begründungsclasse des Vereins sächsischer Gemeindebeamten umfaßte am Ende des Jahres 1905 insgesamt 2160 Vereinsmitglieder für 562.800 R.

* Wetterbericht. Weiterlage in Europa am 18. Januar, früh 8 Uhr über Österreich ist ein schwaches Wagniss erhalten geblieben. An folgenden hat in Sachsen keine wieder Auftreibung stattgefunden. Die nordwestliche Depression hat sich gleichzeitig abgesetzt, jedoch ist unter deren Einfluß in West- und Süddeutschland Regen eingesetzt. Das Barometer ist erneut im Jüngstgezeigte begreift, so daß eine weitere Ausbreitung des Minimums zu befürchten ist. Der Nordostwind würde damit sich auch über Mittel- und Osteuropa ausdehnen. Die Temperatur dürfte gleichzeitig zunehmen. — Witterungsbericht in Sachsen am 17. Januar. Der 17. Januar verlief wiederum bis zum Abend heißer und trocken. Am Nachmittag regnete es im Tiefland und schneite es im Gebirge. Unter hasten S. bis Sägewerken in die Temperaturen wieder gefallen. So daß nur die höchstegelegenen Stationen noch melben. Das Barometer steht im Gebirge Sachsen zu hoch, im Osten und Norden zu tief. — Melbung vom Hohenberg: ununterbrochen harter Nebel, gute Sichtweite ab 100 m. Täler sind, Schneefälle 120 cm., starker Nebel erstreckt sich lange, Bäume fast mit Rauhfrüchten bedeckt, Sturm aus Süden. Prognose für den 19. Januar. Wetter: Regnerisch, in den höheren Lagen Schneefall. Temperatur: Normal. Windrichtung: Nordost. Barometer: Tieß.

* Mitteilung aus dem Bureau des Königl. Hoftheaters. Im Königl. Opernhaus wird Montag, den 22. Januar Richard Wagner's "Rienzi" aufgeführt. Die Titelpartie singt zum erstenmal hr. v. Barn.

Im Königl. Opernhaus wird am Sonnabend Richard Wagner's "Meistersinger von Nürnberg" aufgeführt. Den Dona-Saß singt hr. Schmidtmann,

hat, die hochinteressanten "Münchener Berber Steine" dem Tourneeschreiber zugänglich machen zu dürfen.

Holzlin i. B. Durch die Gabude eines neuen Waffentheaters brachen am Montag drei Knaben aus Untermyzgern bei Holzlin ein. Zwei wurden gerettet, einer ertrank.

Weihen. In einer höchigen Schule ist eine nervöse Erkrankung aufgetreten, die wegen ihrer Übertragbarkeit den Ausschluß der erkrankten Kinder vom Schulbesuch notwendig macht. Zug dieser Vorlesungsmaßnahmen hat die in den letzten Tagen der vorher Woche nach ihrer Beobachtung, mit mittleren verbundene Krankheit weiter um sich gezeigt. Die Schulverwaltung hat deshalb die davon betroffenen Klassen vorläufig bis mit Ende dieser Woche geschlossen, um die Ansteckungsgefahr zu verringern. Die Krankheit ist an sich nicht gefährlich und nimmt einen gutartigen, solchen Verlauf, wie nach ärztlichem Ausspruch auch irgendwelche nachteilige Folgen nicht haben. Holzlin zeigt der Ankunft des Kreuzen an frankfurter bestanden. Weihen ist nicht die einzige an der Konferenz teilnehmende, wird in der gleichen Rangordnung von den Bevölkerungsgruppen unterordnet und mit dem Staatsiegel versehen.

* Nörde auf der Eisenbahn. Seitdem auf den meisten Eisenbahnen Durchgangswagen eingeführt werden sind, sind die Ermordungen auf der Eisenbahn jetzt geworden, denn die Verbindung, in der die einzelnen Abteile miteinander stehen, das wahre Hindernis gegen die einzelnen Passagiere, die keine Kontrolle durch die Beamten gestatten es des Verbrechens nicht mehr, in voller Ruhe und Sicherheit ihre Anschläge auszuführen. Dennoch zuweilen noch einzelne Fälle, die ganz gewisse Aspekte haben, und in einem solchen Wagen ist vor wenigen Tagen ein Aufseher erregender Tod vorgetragen. Man fand den Leichnam eines M. Durl in einem Abteil der 1. Klasse, das sich am Ende des Zuges, der von Nizza nach Genf fährt, befand, der Unglücksfall, der Todesfall des Gentler "Gouala" war, ist in tiefer Schlaf gesunken worden; man entdeckte Blutspritzer auf dem Polster der Sessel; wie wie ihm mitteilten, sind die Urheber dieser grausamen Tat schon ermittelt worden. Der "Gouala" stand dabei an anderer bestellte Wagen, die auf der Eisenbahn geschehen sind und bei denen die Schuldigen nie entdeckt wurden. Weihen Erregung trübt unter dem zweiten Kaiserreich der Tod des Präsidenten Pointot hervor, dessen nähere Umstände aus immer in ein tiefer Dunkel gehüllt sein werden. Es war am 6. Dezember 1860, als ein Schaffner bei der Ankunft auf dem Pariser Bahnhof ein Coupé 1. Klasse des von Dr. von Tross, Kommandeur Juges öffnete und darin die Leiche des Reichspräsidenten vom Platz des Obergerichts Pointot aufstand. Der Tod war durch zwei Revolverstufen hervorgerufen, die die Schädel zertrümmerten hatten, über den Morder und die Beweggründe zur Tat schätzte zunächst jeder Inhalt. Doch war die Polizei einen wohlbeständigen Verdacht auf einen bekannten Verbrecher namens Jules aufgestellt und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde verhaftet und auch vor Gericht verhört, wo bei sich überzeugende Momente für seine Schuld ergeben, die die Meinung vertreten, daß der Präsident aus politischen Gründen bestellt wurde und das Leben des Beamten dort zu allerlei Vermutungen Anlaß gab. Jules wurde

